

Presseinformation



Sicher leben können.

**Schwerpunkte der CDU-Landtagsfraktion im
Bereich Innere Sicherheit in den Haushaltsberatungen**

Mainz, den 20. November 2015

**Tischvorlage zum Pressegespräch
mit dem innenpolitischen Sprecher der
CDU-Landtagsfraktion, Matthias Lammert.**

Sicher leben können.

Was wir wollen:

1. 85 zusätzliche neue Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter
2. 4 zusätzliche Stellen für Lehrpersonal an der Landespolizeischule (zwei Psychologen, ein Informatiker, ein Sportlehrer)
3. 15 zusätzliche Tarifangestellte zur Entlastung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten von polizeifremden Aufgaben (Administrative Aufgaben, Schreibaufgaben, Unterstützung bei Fahndungen)
4. Zusätzliche Mittel für den Verfassungsschutz

1. Polizeianwärter

Der **massive Personalmangel bei der Polizei** ist und bleibt eine der Achillesfernen der rot-grünen Sicherheitspolitik. Daran ändern auch die gegenteiligen Behauptungen des Innenministers nichts. Die Zahlen sind eindeutig (siehe Nr. 6). Die CDU-Landtagsfraktion hat deshalb bereits im Frühjahr d.J. in einem Parlamentsantrag **mittelfristig die Schaffung von 300 neuen Stellen** für Anwärtinnen und Anwärter gefordert – und zwar über die bereits geplanten Neueinstellungen hinaus. Dieser Antrag wurde von Rot-Grün abgelehnt.

Klar ist, dass sich die Neueinstellungen an den personellen, sachlichen und räumlichen Ausbildungskapazitäten der Landespolizeischule orientieren müssen.

Aus diesen Kapazitätsgründen veranschlagen wir für das Haushaltsjahr 2016 - zusätzlich zu den bereits vorgesehenen 500 neuen Anwärtinnen und Anwärtern - 85 weitere Stellen.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Raumkapazitäten möglichst auf dem Hahn zur Ausbildung der Polizei zügig verbessern, um ggf. schon in 2016 noch weitere Stellen schaffen zu können. Die Versäumnisse der rot-grünen Landesregierung im Personalbereich der Polizei müssen so schnell wie möglich beseitigt werden. Wir brauchen eine gut aufgestellte Polizei, sowohl mit sachlichen als auch personellen Mitteln.

2. Lehrpersonal

Die Anhebung der Anwärterzahlen erfordert **zusätzliches Lehrpersonal an der Landespolizeischule auf dem Hahn**. Wir fordern deshalb zwei neue Stellen für Psychologen sowie zusätzlich einen Informatiker und einen Sportlehrer.

3. Tarifangestellte

Nach einer Erhebung der Landesregierung selbst können über 80 Funktionen durch Tarifpersonal übernommen werden. Davon sind zwischenzeitlich aber erst 40 Stellen besetzt worden.

Wir wollen **weitere 15 Stellen für Tarifbeschäftigte** schaffen, um die Polizei zeitnah von polizeifremden Aufgaben zu entlasten. Aufgrund der von der Landesregierung zu verantwortenden Personalnot sind gegenwärtig voll ausgebildete Polizisten gezwungen, auch Tätigkeiten zu übernehmen, für die keine Polizeiausbildung notwendig ist. Das gilt insbesondere für administrative Arbeiten, insbesondere für Schreibarbeiten.

Hier **können Tarifangestellte entlasten**. Sie könne zudem auch zeitnah die laufende Polizeiarbeit unterstützen, beispielsweiseuch bei Fahndungen nach Einbrecherbanden.

4. Verfassungsschutz

Die Gefahrenabwehr basiert auf dem intensiven Zusammenwirken verschiedener Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder. Die gilt insbesondere beim **Kampf gegen den internationalen Terrorismus**. Nicht zuletzt die schrecklichen Anschläge von Paris und die Absage des Fußball-Länderspiels zwischen Deutschland und den Niederlanden haben gezeigt, wie wichtig die koordinierte und verzahnte Arbeit von **Polizei, Nachrichtendiensten und Verfassungsschutz** ist.

Nicht zuletzt kommt dem **Verfassungsschutz** hier eine wichtige Aufgabe zu. Er ist dafür zuständig, Extremisten zu beobachten und frühzeitig zu warnen. Aus diesem Grund **fordern wir eine bessere finanzielle Ausstattung des Verfassungsschutzes in Rheinland-Pfalz**.

5. Kosten und Gegenfinanzierung

- zusätzliche Polizeianwärter (500.000Euro)
- zusätzliches Lehrpersonal (169.000 Euro)
- zusätzliche Tarifangestellte (468.000 Euro)

- Zusätzliche Mittel für den Verfassungsschutz (100.000 Euro)

Die CDU-Landtagsfraktion schlägt zur **Stärkung der Inneren Sicherheit Mehrausgaben in Höhe von 1.237.000 Mio. Euro** vor.

Die **Gegenfinanzierung** erfolgt insbesondere durch die **Streichung der Energieagenturen (6.000.000 Euro)**. Dadurch werden ausreichende Haushaltsmittel frei, die wir in Bereichen einsetzen möchten, die wir als vordringlich erachten. Dazu gehört eindeutig die Innere Sicherheit.

6. Hintergründe

Die Landesregierung hat im Bereich der Polizei in den zurückliegenden Jahren **keine vorausschauende Personalplanung** betrieben. Die Folge ist eine **unhaltbar angespannte Personalsituation**. Immer mehr Aufgaben für die Polizei gehen mit sinkender Personalstärke einher. Die Folge sind **rund 1,7 Mio. Überstunden** der Beamtinnen und Beamten, **steigender Krankenstand** und eine **Zunahme der Zahlen im Bereich der Dienstunfähigkeit**.

Die **Zahl der Überstunden** bei der Polizei hat sich unter der SPD-geführten Landesregierung mehr als verdoppelt. Der **Krankenstand** ist weiter angestiegen: von durchschnittlich 6,83 Prozent im Jahr 2007 auf 7,66 Prozent im Jahr 2012. Die **Zahl der dienstunfähigen sowie eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hat sich** weiter erhöht. Waren im Jahr 2008 noch 16 Beamtinnen und Beamten dienstunfähig und 859 eingeschränkt dienstfähig, waren es im Jahr 2013 28 bzw. 997 Beamtinnen und Beamten: das sind **mehr als zehn Prozent aller Polizeibeamten**.

Die nachfolgende Gegenüberstellung zeigt deutlich, dass die **Landesregierung weniger Polizeianwärter eingestellt als sie selbst an Abgängen prognostiziert hat**. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Ausbildung insgesamt 5 Jahre dauert. Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass von den hier genannten Einstellungszahlen eine Durchfallquote von mindestens 10 Prozent abgezogen werden muss, d.h. sie sind entsprechend zu reduzieren:

Einstellungen	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	350	300	300	400	475	500
geplante Abgänge	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	460	400	406	433	447	397

Der Innenminister versucht nun, diese **Fehlplanung** durch die für die Jahre 2015 und 2016 erhöhten Neueinstellungen von Polizeianwärterinnen und Polizeianwärttern zu relativieren. Allerdings reichen auch diese nicht aus, um die massiven Personalprobleme zu beheben. **Sie gleichen die Abgänge bzw. die zu geringen**

Neueinstellungen der vergangenen Jahre nicht aus. Das zeigen auch die Zahlen zur künftigen Entwicklung der Polizeistärke.

Nach Angaben der Landesregierung selbst (Drs. 16/4659) hat sich die **Personalstärke der Polizei in Rheinland-Pfalz** in den vergangenen zehn Jahren wie folgt entwickelt (Vollzeitäquivalente bzw. die Personal-Ist-Stärke jeweils zum 1. Januar):

1. Januar 2006	8 899,31
1. Januar 2007	9 009,06
1. Januar 2008	8 985,77
1. Januar 2009	9 128,62
1. Januar 2010	9 068,02
1. Januar 2011	8 985,69
1. Januar 2012	8 979,59
1. Januar 2013	9 002,10
1. Januar 2014	8 981,28
1. Januar 2015	8 971,33

Wiederum nach Angaben der Landesregierung selbst (Drs. 16/4659) ergibt sich in den **kommenden Jahren folgender Personalbestand** (Anzahl der ausgebildeten Polizeibeamtinnen und -beamten in Vollzeitäquivalenten) zum ENDE des Jahres:

2015	8 866,026
2016	8 755,726
2017	8 773,726
2018	8 814,226
2019	8 842,226

Im aktuellen Haushaltsentwurf der Landesregierung findet sich im Vorwort zum Polizeihaushalt (S. 147) die Formulierung, dass langfristig ein Personalbestand vor 8.800 Vollzeitäquivalenten „nicht unterschritten“ werden soll. Das bedeute im Klartext, dass die Marschrichtung nicht in Richtung auf eine Ausweitung der Personalstärke geht. Vielmehr soll der Personalbestand nicht noch weiter sinken. Das hat mit einem noch in diesen Tagen vom Innenminister formulierten „Personalaufwuchs“ (Allgemeine Zeitung vom 18.11.2015) nichts zu tun.

Unter dem Strich bleibt also, dass wir noch nicht einmal die gegenwärtig schon zu niedrigen Personalzahlen bei der Polizei halten können – geschweige denn zulegen. Das ist angesichts der zunehmenden Aufgaben nicht akzeptabel. Unser Ziel ist, möglichst schnell die Personalstärke um weitere 300 ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte in Vollzeitstellen zu erhöhen.

7. Anträge der CDU-Landtagsfraktion zur Inneren Sicherheit

- Erstarben der Terrorgruppe „Islamischer Staat! – Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten, Drucksache 16/4054 (9. Oktober 2014)
- Kriminalität und Terrorismus wirksam bekämpfen – Vorratsdatenspeicherung in engen Grenzen wieder einführen, Drucksache 16/4511 (22. Januar 2015)
- Terrorismus effektiv bekämpfen – Konkrete Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene umsetzen, Drucksache 16/4516 (23. Januar 2015)
- Einsatzfähigkeit der rheinland-pfälzischen Polizei sicherstellen, Drucksache 16/4612 (18. Februar 2015)
- Wohnungseinbrüche in Rheinland-Pfalz – Steuerliche und finanzielle Anreize für Investitionen in die Einbruchsicherung schaffen; Drucksache 16/4938 (24. April 2015)
- Kinder schützen – Verbindungsdaten speichern, Drucksache 16/4940 (24. April 2015)
- Steigende Gewalt gegen Polizisten – Eigenen Strafbestand einführen, Drucksache 16/5031 (21. Mai 2015)
- Cyberkriminalität besser bekämpfen – für eine bessere personelle Ausstattung von Polizei und Justiz, Drucksache 16/5183 (9. Juli 2015)
- Einsatzmittel und sachliche Ausstattung bei der rheinland-pfälzischen Polizei – konkrete Verbesserungen umsetzen, Drucksache 16/5780 (5. November 2015)
- Effektives Vorgehen gegen Rechtsextremismus – bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden in Rheinland-Pfalz, Drucksache 16/5781 (5. November 2015)